

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sohnslein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeile 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingekauft die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Veranstaltung Nr. 22 Gemeindevorstand, Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 184

Bad Schandau, Montag, den 9. August 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In einer weiteren Note fordert die Reichsregierung erneut von der Entente die Erlaubnis zur Verwendung von Reichswehr im östlichen Abstimmungsgebiet.

* Der badische Landtag bewilligte dem zurückgetretenen rechtssozialistischen Staatspräsidenten Geis ein Ruhegehalt von jährlich 20 000 Mark.

* Der antibolschewistische General Wrangel meldet einen großen Sieg über die Bolschewisten, bei dem er über tausend Gefangene und zahlreiches Kriegsmaterial erbeutete.

* Die nördlichen Warschauer Außenforts liegen bereits unter russischem Feuer.

* Die französische sozialistische Partei beschloß, sofort Schritte zu unternehmen, um Protest gegen jedes gegen Rußland gerichtete Vorgehen zu erheben.

* In wenigen Tagen wird in Boulogne eine neue Entente-Konferenz stattfinden, auf der über Sowjetrußland und Deutschland beraten werden soll.

* Die Engländer werden, dem italienischen Beispiel folgend, in den nächsten Tagen ihre Truppen aus dem ostdeutschen Abstimmungsgebiet zurückziehen.

* Wie verlautet, haben die Bergarbeiter von England und Frankreich den sofortigen Eintritt in den Streik ausgedehnt, falls das Ruhrgebiet besetzt werde. Der endgültige Beschluß hierüber wird in London am 5. Oktober vom internationalen Bergarbeiterausschuß gefaßt werden.

* Die rumänische und tschechoslowakische Regierung haben im polnisch-russischen Krieg ihre Neutralität erklärt.

* Der amerikanische Arbeiterbund, dessen Vorsitzender Compers ist, faßte eine Entschloßung, in der dem Abscheu vor Kommunisten und Bolschewisten Ausdruck gegeben wird.

Flatternde Enten.

Vom russisch-polnischen Kriegsschauplatz schweben unablässig leichtbeschwingte Funksprüche im Weltlauf mit diegemähten Kriegsenten durch die Welt. In Strategie und Kriegsführung haben die Moskauer sich den Warschauer unbedingt überlegen gezeigt. Wer von beiden in der Kriegsberichterstattung die Palme verdient, muß dagegen zum mindesten noch als strittig bezeichnet werden. Die Polen haben es in der Verheerung und Verleumdung politischer Gegner zu einer anerkannten Meisterschaft gebracht. Aber den Gang wichtiger Ereignisse selbst durch ebenso zielbewußte wie skrupellose Entenfabrikation mitzubestimmen, diese Kunst ist ihnen nicht im gleichen Grade gegeben wie den Sowjetleuten. Die ausländische Presse scheint von beiden Seiten nahezu ausnahmslos vom Schauplatz der Ereignisse ferngehalten zu werden. Also ist der eigenen Phantasie kaum eine Grenze gezogen. Sicher ist nur, daß die Waffen noch immer nicht ruhen, daß die Operationen hüben und drüben mit Aufgebot aller Kräfte fortgesetzt werden. Wie es aber mit der nebenherlaufenden politisch-diplomatischen Aktion bestellt ist, das wissen die Götter.

Wald heißt es, die Polen hätten das russische Ansehen nicht nur über den Waffenstillstand, sondern zugleich auch über den Frieden verhandeln zu lassen, mit Entrüstung abgelehnt, bald wieder wird gemeldet, eine polnische Delegation mit Vollmachten zum Abschluß eines Friedensvertrages habe sich in das bolschewistische Lager nach Winsk begeben. Ebenso wenig kann man mit Bestimmtheit sagen, ob die Sowjetregierung nun eigentlich die englisch-französischen Forderungen angenommen oder abgelehnt hat. Der Wahrheit scheint noch die Annahme am nächsten zu kommen, daß sie weder das eine noch das andere getan, sondern mit den seit jeher beliebten Ausflüchten, Zweideutigkeiten, Gegenvorschlägen, Erwiderungsfragen zunächst wieder einmal Zeit zu gewinnen verstanden hat. Auch die zur Diskussion gestellte Wahl zwischen direkten Verhandlungen unter den kriegführenden Parteien und der dringlichst angebotenen Friedensintervention der Entente hat eine verblüffende Entscheidung gefunden: Es kommt, den neuesten Londoner Meldungen zufolge, sowohl zu direkten Verhandlungen zwischen Moskau und Warschau, wie zu einer Friedenskonferenz in London, auf der, wenn Frankreich ein Einsehen hat, neben den Dänen auch Deutschland vertreten sein soll. Aber vielleicht haben wir es auch hier mit einer, diesmal in London aufgestiegenen Ente zu tun; denn was zu gleicher Zeit der Sowjetvollmächtigte Kamenew in der britischen Hauptstadt betreibt, läßt wiederum allerdings andersartige Auslegungen zu. Hier wird mit großem Nachdruck die Notwendigkeit betont, bei Verhandlungen über einen Waffenstillstand gewisse Bedingungen und Sicherheiten festzusetzen, die auf rein militärischem Gebiete liegen. Bürgschaften müßten verlangt werden, die es Polen unmöglich machen, die Zeit des Waffenstillstandes zur Vorbereitung neuer Feindseligkeiten gegen Rußland zu benutzen. Zu diesen Bürgschaften gehöre eine teilweise Entwaflnung und Einstellung der Rekrutierung. Auch gegen Frankreich, das Polen andauernd militärisch unterstütze, fallen in dieser russischen Note einige Seitenhiebe. Ein Schlußlaß läßt vermuten, daß die Russen von der Zuziehung der Mandatstaaten zu einer neuen Friedenskonferenz wenig entzückt sein würden, obwohl auch sie dabei, geschickt wie sie sind, den allgemeinen europäischen Frieden effektiv in den Vordergrund rücken. Vielleicht hat die Tatsache, daß Lord George inzwischen Befehl

zur Einleitung der Seeblockade gegen Rußland gegeben hat, die Sprache der Moskauer Regierung im Sinne der britischen Phraseologie beeinflusst. Der Worte sind jedenfalls, wenn es nach Moskau geht, noch lange nicht genug gewechselt. Die Russen können bei Fortsetzung des Notens- und Depeschenwechsels, beim Aufsteigen immer neuer Kriegs- und Friedensenten nur gewinnen, da sie es in Polen mit einem militärisch auf sich selbst angewiesenen Gegner zu tun haben, dem kaum noch eine Spur seines früheren, über alle Maßen angeschwollenen Selbstbewußtseins verblieben ist. Von Paris aus müssen sich die Polen heute sagen lassen, daß die Entsendung verbündeter Truppen nach dem Kriegsschauplatz gar nicht mehr in Frage komme, und daß auf eine Unterjügung des schwerbedrängten Allierien an der Weichsel durch die Nachbarstaaten — also Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien — ebensowenig zu denken sei. Der einzige moralische Beistand, mit dem sie rechnen könnten, sei die Tatsache, daß Sowjetrußland auf die Anerkennung durch die Entente, wie auf ihren wirtschaftlichen Beistand angewiesen sei. Wobei nur übersehen wird, daß auch der wirtschaftliche Beistand Deutschlands für Sowjetrußland eine Frage von Leben und Sterben ist, was man in London und Paris vielleicht auch jetzt noch nicht wahrhaben will, was aber in Moskau sehr deutlich empfunden wird. Lord George hat in London abermals viele Stunden lang mit Krasin und Kamenew verhandelt und scheint dabei die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in den Mittelpunkt aller Entschlüsse gestellt zu haben. „Times“ und „Matin“ wissen sogar schon von einem richtigen Abkommen zwischen England und Sowjetrußland zu sprechen, das bei diesen Verhandlungen herausgekommen sei; im besten Falle könnte es sich natürlich nur um den Entwurf eines solchen Abkommens gehandelt haben. Wie dem auch sei, darüber vergehen abermals ein oder zwei oder auch drei Tage, und mehr brauchen die Russen wohl kaum noch, um mittlerweile in Warschau einzurücken.

Diplomatie und Kriegsberichterstattung sind zuweilen noch schwierigere Kapitel als Kriegsführung. Wenn die Russen Sieger bleiben, so nicht zuletzt um deswillen, weil sie die Feder mindestens ebenso gut zu handhaben verstanden wie das Schwert.

Frankreich erhält das Kommando.

Warschau unter Feuer.

Die nördlichen Außenforts von Warschau liegen bereits unter dem Feuer der russischen Vorhutartillerie. Angesichts der äußersten gefährdeten Lage Warschaus und des Restes der polnischen Armee überhaupt, hat sich der dort weilende französische General Bégand bereit erklärt, das oberste Kommando und die Verantwortung für die militärische Aktion zu übernehmen, was in der Bevölkerung völlige Billigung findet. Wenn die vom General gestellten Bedingungen der Genehmigung der polnischen Behörden finden, dürfte der Kampf Polens gegen die Bolschewisten wieder aufgenommen werden.

Aufruf an die Bewohner Warschaus.

Die polnische Regierung hat an die Bewohner Warschaus folgenden Aufruf erlassen: „Bürger der Hauptstadt! Der Feind befindet sich nur noch einige Werk von Warschau. Die Hauptstadt des polnischen Reiches steht vor einer drohenden Gefahr. Wollt Ihr tatenlos warten? Wollt Ihr Euch wie Sklaven benehmen? Niemals! Das heldenmütige Lemberg hat für die Verteidigung des Staates Tausende von Freiwilligen gestellt, und im Augenblick der Gefahr stand ganz Lemberg unter Waffen. Warschau, das ebenfalls Ruhmesblätter zu verzeichnen hat, muß dem Beispiel Lembergs folgen. Zur Verteidigung der Hauptstadt müssen alle Bürger in Reih und Glied treten. Der Tag ist gekommen. Es gibt keine Wahl. Entweder Kampf bis zum Äußersten und damit Sieg und Freiheit, oder Sklaverei. Die Hauptstadt wird sich nicht ergeben. Bürger, zu den Waffen!“

Die polnische Regierung noch in Warschau.

Warschau, 9. August. Halbamtlich wird gemeldet: Die Meldung des Baseler polnischen Pressebüros über das Eintreffen der polnischen Regierung in Krakau ist diese Meldung, ebenso wie alle übrigen Einzelheiten vollkommen erfunden. Die polnische Regierung befindet sich nach wie vor in Warschau und hatte bisher auch keine Veranlassung, einzelne Dienststellen, Archive und sonstige Einrichtungen aus Warschau zu entfernen.

Lomza besetzt.

Warschau, 9. August. Der polnische Heeresbericht meldet die Besetzung der Stadt Lomza durch die Bolschewisten. Nördlich von Ostrolenka geht der Kampf weiter. An der Buglinie finden erbitterte Kämpfe statt. Bei Drohycin und Brest wurden die Bolschewisten über den Fluß zurückgeworfen. Die Kämpfe bei Brody nehmen für die Polen einen günstigen Verlauf. An der Serethfront wiesen polnische und ukrainische Abteilungen alle feindlichen Angriffe ab. Bei Mikulinsk wurde ein bolschewistisches Infanterieregiment aufgetrieben.

Rußland will Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 9. August. Wie ein Radiotelegramm aus Moskau berichtet, will die Sowjetregierung keine Waffenstillstandsverhandlungen, sondern sofort Friedensverhandlungen mit Polen führen, weil sie Nachrichten erhalten habe, daß Polen nur Zeit zur Neuorganisation des Heeres gewinnen wolle.

Englische Flotte im Kattegat.

Kopenhagen, 9. August. Aus Göteborg wird gemeldet: Hier wurden mehrere Geschwader der englischen Flotte im Kattegat mit dem Kurs nach Osten gesichtet. Das Reiseziel ist angeblich Rewal.

Ungarisches Hilfsangebot.

Warschau, 9. Aug. Eine Delegation des ungarischen Parlamentes unter Führung des bekannten Politikers Baron Szentmiklosi stattete am Freitag dem Vizeministerpräsidenten Daszinski einen Besuch ab. Baron Szentmiklosi wies darauf hin, daß Ungarn der polnischen Regierung bereits vor zwei Wochen ein Hilfsangebot gemacht habe, aber bisher ohne Antwort geblieben sei. Ungarn wolle Polen nach wie vor unterstützen, und zwar nicht durch Entsendung einiger zehntausend Mann, Munition und Kriegsmaterial, sondern auch durch Lieferung von Getreide der diesjährigen Ernte. Ebenso stelle das ungarische Rote Kreuz auf Anfordern seine Dienste Polen zur Verfügung.

Geheimvertrag zwischen Wien und Moskau?

Paris, 9. August. Aus Washington wird gemeldet, daß der Staatssekretär des Außen Colby gestern morgen einen Geheimvertrag veröffentlicht hat, der nach amerikanischer Behauptung im vorigen Monat zwischen der Sowjetregierung in Moskau und der Wiener Regierung abgeschlossen worden sein soll. Nach Artikel 1 verpflichtet sich Oesterreich, in jedem Kriege gegen Sowjetrußland neutral zu bleiben und die Durchführung von Kriegsmaterial und Truppen durch sein Territorium zu verbieten, sofern dieses Material für die Feinde Sowjetrußlands bestimmt ist. In einem besonderen Zusatz wird Polen erwähnt. Paragraph 2 steht die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen vor. Paragraph 3 spricht über die Wahrung der gegenseitigen Interessen. Rußland wird einen Vertreter nach Wien, Oesterreich einen nach Moskau schicken dürfen. Paragraph 4 setzt fest, daß alle Volkskommisare der ehemaligen Sowjetregierung in Ungarn, die gegenwärtig in Oesterreich sich aufhalten oder gefangen gehalten werden, befreit werden und von der österreichischen Regierung jede Unterstützung erhalten, um nach Moskau zurückzukehren. Dieser Artikel bezieht sich auf Bela Kun.

Aufruf an die Arbeiterschaft.

Berlin, 9. August. In der sozialistischen Presse veröffentlichten der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Partei, die Unabhängige und die Kommunistische Partei (Spartakusbund) einen gemeinschaftlichen Aufruf an die deutsche sowie die französische und englische Arbeiterschaft zum Schutze der deutschen Neutralität, etwaigen Versuchen der Entente, Truppen und Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet zu transportieren, jegliche Hilfe zu verweigern.

Lohnkampf

in der neuen österreichischen Wehrmacht.

Wien, 9. August. Die aus der Volkswehr hervorgegangene neue Wehrmacht Oesterreichs, deren Angehörige gewerkschaftlich organisiert sind, ist jetzt kurze Zeit nach ihrer Errichtung in einen Lohnkampf eingetreten. Sie verlangt eine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge und droht, falls ihre Forderungen nicht bis zum 1. September erfüllt sein sollten, mit dem Streik.

Flaggenfrage und Völkerbund.

Dr. Simons Standpunkt.

Da die leidige Flaggenfrage der französischen Votschaft in Berlin immer noch nicht erledigt ist, so hat die deutsche Regierung der französischen den Vorschlag gemacht, die Angelegenheit dem Völkerbunde zu unterbreiten. In einer Unterredung über diese Frage erklärte nun Reichsaußenminister Dr. Simons u. a.:

„Ich will nicht unteruchen, ob die französische Regierung nicht als Mitglied des Völkerbundes sogar die Pflicht hat, den Streitfall im gegenwärtigen Stadium dem Völkerbund zu unterbreiten; jedenfalls bietet ihr Artikel 11, Absatz 2, auch die formelle Möglichkeit, auf unseren Vorschlag einzugehen. Ich möchte aber betonen, daß die Völkerbundfassung ein Teil des Friedensvertrages ist. Der Friedensvertrag ist wesentlich gekennzeichnet dadurch, daß er Deutschland eine

Fälle schwerer Verpflichtungen einseitig auferlegt; umso mehr muß die deutsche Politik darauf bedacht sein, daß er auch in den leider sehr wenig zahlreichen Punkten peinlich beobachtet wird, wo er Deutschland Rechte läßt oder wo seine Vorschriften internationale Verpflichtungen bedeuten, denen alle Vertragschließenden Teile gleichmäßig unterworfen sind. Wie vertragen die Völkerbundsmitglieder unterworfen werden zu können, unterzeichnen müssen und die Wirksamkeit des Völkerbundes praktisch anerkennen müssen in all den Fällen, wo er gemäß dem Friedensvertrag Aufgaben uns gegenüber übernommen hat: als Treuhänder des Saargebietes, als Schlichter der Freien Stadt Danzig, hat er schon eine für uns schmerzliche Bedeutung gewonnen. In andern Fällen ist seine Wirksamkeit bisher hinter den Aufgaben zurückgeblieben, die ihm durch den Friedensvertrag gesetzt sind. Ich erinnere nur an die Frage der deutschen Kolonien. Um so größeres Interesse haben nicht nur wir, sondern alle Signatarmächte des Friedensvertrages daran, daß die guten Grundlagen, auf denen der Gedanke des Völkerbundes ruht, sich bewähren müssen. Die festeste Grundlage muß sein das Prinzip der Schlichterbarkeit. Es zur Anwendung zu bringen, bietet sich hier dem Völkerbunde eine Gelegenheit; mit dem Prinzip kann er zugleich sich selbst durchsetzen und sein moralisches Ansehen wieder stärken, das die Ereignisse im Osten bedenklich erschüttert haben. Jeder ernstgemeinte Vorschlag, den Völkerbund mit der Lösung internationaler Spannungen zu betrauen, bringt die Gesamtheit einen kleinen Schritt näher an das hohe Ziel."

Belgische Wirtschaft im deutschen Gebiet.

Keine Abhilfe berechtigter Beschwerden.
Wie aus München-Grabbach im besetzten Rheingebiet unter Angabe zahlloser, also doch wohl nicht gut zu bestrittener Einzelheiten gemeldet wird, sind die in der benachbarten Strafanstalt Rheindalen eingelieferten deutschen Staatsangehörigen der schwersten Mißhandlungen und Quälereien seitens der belgischen Verwaltung und ihrer Organe ausgesetzt. Mit am schlimmsten treibe es der Anstaltsdirektor selbst, ein gewisser Austin, der früher Irrenhausleiter in Belgien gewesen sei. Er prügele die Opfer eigenhändig, und in seiner Gegenwart erlauben sich die Beamten die größten Schreulichkeiten, besonders da sie noch vorher gegen die Gefangenen aufgereizt würden, mit der Angabe, sie seien deutsche Kriegsverbrecher. Überhaupt setze es bei der geringsten Kleinigkeit Schläge. Ein politischer Gefangener, der sich statt Punkt 8 Uhr abends bereits zehn Minuten vorher ins Bett gelegt hatte, wurde fürchtbar verprügelt. In der Zelle eines Vergewaltigers aus Mörs war ein winziges Loch entdeckt worden, ohne daß der Inhaftierte eines Fluchtversuchs überführt werden konnte. Er mußte sich ausziehen und nackt über das Bett legen. Er bekam entsetzliche Schläge mit Gummiröhren, so daß der Körper schwere Wunden aufwies. Als die Wunden vernarbt waren, mußte der Mißhandelte den die Anstalt besuchenden belgischen Offizieren die Zeichen dieser Mißhandlungen zeigen. Ein 75-jähriger Strafgefangener aus München-Grabbach, der tags zuvor eingeliefert war, wurde vom Gefängnisdirektor mit der weitestgehenden Blutigem geschlagen, da er angeblich der belgischen Fahne die Ehrenbezeugung nicht erwiesen habe. Bei den sogenannten Spaziergängen in frischer Luft mußten die Häftlinge in Kniebeuge hüpfen. Brachen sie vor Erschöpfung zusammen, dann wurde ihnen der Revolver vor die Nase gehalten oder die Unglücklichen geprügelt. Ein kriegsbeschädigter wurde derartig zugerichtet, daß er nachts in das Hospital geschafft werden mußte. Frauen, die auf Denunziation in Haft saßen, weil sie belgischen Militärs geschlechtlich nicht zu Willen gewesen waren, wurden in Ketten gelegt. Bei den geringsten Verstößen wurde auch ihnen außer Wasser und Brot die Kost entzogen. In der Kirche, in die die Gefangenen zwangsweise geführt wurden, sah sich einmal ein strafgefangenes Mädchen neugierig um. Auf der Stelle erhielt sie von dem Direktor Schläge mit einem Stock, daß sie bewußtlos zusammensank.
Die deutsche Regierung hat das Material gesammelt und den belgischen Militärbehörden überwiesen. Abhilfe oder Sühne ist bisher nicht erfolgt. Austin ist noch immer im Amt.

Ein Kommunist über Sowjetrußland.

Moskau 1920.

Der auf kommunistischem Boden stehende Berliner Schriftsteller Dr. Goldschmidt hat kürzlich Rußland bereist und seine Beobachtungen in einem Buch niedergelegt, das er „Moskau 1920“ nennt. Einzelne Proben aus diesem Buch zeigen, wie trotzlos es trotz aller gegenteiligen Versicherungen in Sowjetrußland aussieht. So versichert der Verfasser u. a.:
Die kommunistische Partei Rußlands (Wolfschewik) hat nur etwas mehr als 600000 Mitglieder bei einer Gesamtbevölkerung von mindestens 150 Millionen. Ein Volk hat immer die Kraft, eine Winderheitsherrschaft zu besetzen, wenn es den Beseitigungswillen hat. Der Beseitigungswille fehlt in Rußland.
Auf dem freien Markte kostet ein Anzug ungefähr 50 000 bis 60 000 Rubel. Der Arbeiter ist von der Kleider rationierung abhängig. Straßenkleidung bekommt er allerdings sehr wenig. Der Hauptwert muß zunächst auf die Zuteilung von Arbeitskleidung gelegt werden. Diese Arbeitskleidung wird nach Normalmaßen angefertigt. Ich sah einige Normalmuster in der Bekleidungsabteilung der Textilgewerkschaft in Moskau. Aber das sind erst Umrisse. Allgemein durchgeführt ist die Zuweisung noch nicht.
Die meisten russischen Frauen nähern sich auch das Schußzeug selbst. Die Strumpfnote Rußlands hat zur Folge, daß viele Frauen weiße Socken tragen, die nur wenig über den Schuhrand herausragen, sonst sind die Beine nackt. Es gibt in Moskau noch immer eine Kleiderkürzung. Es gibt Kleidervernachlässigung und Kleiderluxus. Noch immer rauchen Damen ins Theater, noch immer bukket es aus parfümierter Blusenfeder, noch immer tänzeln Geschniegelte in Taillenanzügen oder in irischen Hosenknöpfen.
Die Arbeiterwohnungen sind Kaserne und heißen Kaserne. Auch heute noch. Durchschnittlich wohnen in einem Zimmer sechs Personen. Viele Häuser in Moskau sind verwittert, und viele Käufer stehen leer. Trotzdem herrscht Wohnungsnot. Moskau ist reparaturbedürftig. Die Bahnhöfe sind fast reparaturbedürftig, die Wasserleitungen, alles ist reparaturbedürftig. Die meisten Bäder sind in Moskau wie in Petersburg geschlossen oder holzvernagelt.
Endlich erzählt Goldschmidt auch, daß der Schleichhandel in Rußland eine nie geahnte Blütezeit erlebt: Moskau lebt nur zum Teil von den rationierten Produkten, nur zum Teil von dem erarbeiteten Gelde. Zum großen Teil lebt Moskau vom Schleichhandel. Aktiv und passiv vom Schleichhandel. Es schleicht, schleicht, es kauft vom Schleichhandel, es schleicht, schleicht, schleicht! In Moskau wird alles geschoben, alles wird schleichgehandelt. Man kann sagen von der Stednadel bis zur Kuh, Möbel, Brillanten, Weißbrot, Brot, Fleisch, alles wird schleichgehandelt.

Italien über die Friedensschlüsse.

Berechtigter Zweifel.

Der römischen Kammer hat ihr Ausschuss einen Bericht vorgelegt, der wohl die Gutheißung des Friedens mit Österreich verlangt, aber zugleich die schwersten Bedenken gegen seine Durchführung und Dauer erhebt. Der Vertrag von St. Germain, der übrigens ein Abbild des Versailler Vertrages sei, beseitige die Ursachen künftiger Zwiste oder den Anlaß zu künftigen Kriegen nicht, denn er gebe der Welt nicht die Ruhe, die Europa notwendig sei, um zu fruchtbarer Arbeit zurückzukehren und die Wunden des Krieges zu heilen. Bedingungen, welche Deuten eine Strafe auferlegen, die nur den Geheiß ihrer Nation gehorchen, eine Strafe, die durch keinerlei Gesetz vorgesehene ist, könnten nur den Haß nähren. Zudem sei die Möglichkeit, ob die Österreich auferlegten wirtschaftlichen und finanziellen Lasten auch getragen werden könnten, garnicht geprüft worden, und jetzt seien alle einzig in der Erkenntnis, daß es Österreich unmöglich ist, überhaupt irgend etwas zu bezahlen, und Italien müsse sogar mit vorbildlicher großartiger Hochherzigkeit für die Ernährung der österreichischen Bevölkerung sorgen. Offenbar ungerecht sei auch das Verbot einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland; zugleich sei es aber auch eine Gefahr und ein Schaden für die italienischen Interessen. Ungewöhnlich auch sei, daß der Vertrag als vertragsabschließende Partei die aus der Auflösung Österreich-Ungarns hervorgegangenen Staaten betrachtet, die so ganz anders behandelt würden als Österreich, als wenn sie an dem Kriege nicht in derselben Maße wie letzteres teilgenommen hätten, während andere Staaten wie Montenegro garnicht zur Konferenz zugelassen wurden. Dabei lasse er einen beträchtlichen Teil der italienischen Grenze noch unbestimmt und lasse einen Gegenstand offen zwischen den Grundgesetzen, die durch feierliche Erklärungen bekräftigt wurden, welche die Grundlage des Friedens bilden sollten einerseits, und den wirklichen Vertragsbedingungen andererseits. Zu begründen sei allerdings die Wiederaufnahme des Völkerbundesvertrages und des grundlegenden Teils der internationalen Arbeiterorganisationen. Doch habe der Ausschuss den Vertrag nicht im einzelnen prüfen wollen, denn es sei doch keine Abänderung mehr möglich, er hoffe jedoch, daß seine Bemerkungen und die von den Volksvertretern feierlich bekräftigte Meinung die Regierung in ihren weiteren Beziehungen mit den Verbündeten und mit den Besiegten bezüglich der Anwendung des Vertrages leiten könnten.

Sforza über die Lage im Osten.

Bei der Besprechung des Berichts erläuterte der Minister des Auswärtigen Graf Sforza die Wünsche und Pläne Italiens in der bekannnten zurückhaltenden Weise, die neuerdings die Politik dieses Staates kennzeichnet. Über die augenblicklich brennendste Frage, dem russischen Bolschewikerkrieg und die durch ihn geschaffene Lage, sagte er bei der Gelegenheit: Von den beiden Möglichkeiten einer Politik gegen Rußland hat diejenige einer Stacheldrahtabspernung überall Lächer bekommen, die Modestpolitik aber brachte der Sowjetregierung mehr moralischen Vorteil als greifbaren Schaden. Diese Politik ist nicht nach dem Sinne des italienischen Volkes, das gern mit den Völkern und den Regierungen fühlt, denen nach seiner Meinung Gewalt geschieht. Das kommunistische Experiment in Rußland muß sich ungeführt bis zu Ende entwickeln; der Bolschewismus soll aus eigener Kraft fortbestehen oder untergehen, darf aber nicht zum Märtyrer gemacht werden. Je ungehinderter der Verkehr mit Rußland ist, um so fester wird unsere gesunde und klare lateinische Denkart an der sicheren und schnellen Entwicklung unserer Jahrhunderte alten Überlieferungen festhalten.

Italien hat, wie aus Sforzas weiteren Darlegungen hervorgeht, sich mit der Moskauer Regierung über die Entsendung konsularischer Vertreter zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder bereits verständigt. Der russische Agent werde erwartet. Natürlich verleiht es sich, daß er sich in keiner Weise in die innere Politik einmischen darf. Gleichgültig, ob die Russen sie wollen oder nur ertragen, die Regierung in Moskau besteht, und wir können nicht wünschen, daß Europa die Einbildung, als ob Rußland nicht da ist, länger fortsetzt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

- **Kardorff Vizkanzler?** Wie verlautet, besteht in Regierungskreisen die Absicht, den Abgeordneten v. Kardorff als Vizkanzler in das Kabinett aufzunehmen und ihm den Vorsitz im Reichsrat, sowie die Pflege enger Beziehungen mit den Ländern zu übertragen. Da Dr. Heinze als Justizminister im Kabinett verbleiben soll, würde sich die Zahl der aus den Reihen der Deutschen Volkspartei entnommenen Kabinettsmitglieder auf vier erhöhen. Auf die Befehdung des Wiederaufbauminstereiums soll verzichtet werden. Es soll in ein dem Auswärtigen Amt unterstelltes Staatssekretariat verwandelt werden. Als Staatssekretär ist Geheimrat Dr. Niemann in Aussicht genommen.
- **Schwierigkeiten unseres Grenzschutzes.** Die deutsche Regierung hat in einer Note an den Obersten Rat erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, Vollmacht zur Entsendung von Reichswehrtruppen in das Abstimmungsgebiet von Allenstein und Marienwerder zu erhalten. „Journal“ erklärt dazu, daß die Alliierten auf die ersten beiden Noten der deutschen Regierung noch nicht geantwortet hätten, weil zwischen Paris und London verschiedene Auffassungen beständen.
- **Entschuldigung wegen der Verhaftung Dortens.** Der deutsche Reichskommissar überreichte der Rheinlandkommission eine Verbalmote, worin die Reichsregierung die rechtswidrige Verhaftung Dortens bedauert und mitgeteilt wird, daß die preußische Regierung eine Untersuchung zur Feststellung der Schuldfrage und Bestrafung der Schuldigen einaeleitet habe.
- **Misereffizit in Braunschweig.** Aus Braunschweig wird berichtet, die sozialistische Regierung habe es nicht fertig gebracht, einen abgeschlossenen Etat vorzulegen, und der unabhängige Finanzminister Dertter habe auf die Frage nach der Deckung des Defizits von 20 Millionen lediglich eine „ausweichende“ Antwort gegeben. Darauf hätten die Vertreter der Reichsparteien und der Demokraten erklärt, daß sie ihre Mitarbeit einstellen, bis es der Regierung gelungen sei, einen geordneten Etat vorzulegen.
- **Flaggenverbot im Memelland.** Der Verwaltungschef des Memelgebiets Präsekt Betisne hat das Abhängen deutscher patriotischer Flaggen verboten. Ferner darf keine andere Flagge als die des Memellandes gehißt werden.
- **Kein Geheimbefehl über französische Truppenteile.** Die Nachricht von einem Geheimbefehl der Entente-Kommission

für Oberschlesien an die Eisenbahndirektion Kattowitz über französische Truppentransporte wird von Berliner amtlichen Stelle für unrichtig erklärt. Im Bezirk Kattowitz sind auch bisher lediglich die vereinbarten Nachschubtransporte für die Besatzungstruppen der Alliierten in Oberschlesien gefahren worden. Für Polen bestimmte Transporte haben den Bezirk nicht berührt.

Schweiz.

• **Die Schlußsitzung des Genfer Bergarbeiterkongresses.** Der Bergarbeiterkongress nahm in seiner letzten Sitzung drei Entschlüsse von großer Bedeutung an: Erstens den Antrag auf Errichtung eines internationalen Kohlenrates gemeinsam durch das Internationale Arbeitsamt und den Bergarbeiterbund. Minister Thomas vom Internationalen Arbeitsamt stimmte zu, sagte jedoch Schwierigkeiten voraus wegen der nationalen Verträge. Ferner wurde die Resolution für die Sozialisierung angenommen und das Exekutivkomitee verpflichtet, für den Generalstreik gegen jeden aggressiven Militarismus einzutreten, eventuell im Zusammenwirken mit anderen Verbänden. Hierzu wurde von den Bergarbeitern das Bedauern ausgesprochen, dieses Mittel nicht schon 1914 angewandt zu haben.

Großbritannien.

• **Standrecht über Irland.** Das Unterhaus hat die Vorlage betreffend die Einführung außerordentlicher Gerichts höfe in Irland angenommen. Bei der Beratung der Vorlage kam es gestern im Unterhause zu erregten Szenen. Asquith, der vielfach durch Zurufe unterbrochen wurde, griff die Vorlage scharf an und sagte: Die Regierung gebraucht eine Cromwellische Maßnahme, ohne einen Cromwell zu befehlen. Das Schreckgespenst einer irischen Republik könne ihm keine Furcht einflößen. Wenn Dominion-Pomerale eingeführt werde, so werde Irland sich hüten, sich durch Austritt aus dem britischen Reich selbst zu schwächen.

Aus In- und Ausland.

• **Paris.** Clemenceau wird sich binnen kurzem für den Senatsstift des Departements Cole du Nord als Kandidat aufstellen lassen.

• **Konstantinopel.** Im Kaukasus wurde mit Unterstützung der Bolschewisten in Aserbeidschan ein neues türkisches Heer gebildet, das gegen die Entente kämpfen soll.

Schweres Grubenunglück bei Dortmund.

Gestern vormittag 8 Uhr riß auf der Zeche „Kaiserstuhl“ das Förderseil. Der Förderkorb stürzte etwa 350 Meter in die Tiefe. 25 Bergleute fanden den Tod.

Die Ausstandsbewegung in Norwegen.

Kristiania, 9. August. Die Ausstandsbewegung in Norwegen greift weiter um sich. Zu dem Konflikt mit der Eisenbahngesellschaft und den Matrosen und Gelfern der Küstenschiffahrtslinien haben sich zahlreiche britische Ausstände gesellt. Gleichzeitig dauern die Ausstände in der Woll- und Textilindustrie, sowie im Wäschereigewerbe an. In Kristiania droht ein Straßenbahnaustritt. Die Presse der Linken nimmt eine drohende Haltung ein. Die Leitung der sozialistischen Parteien scheint zu einer energiegelichen Aktion entschlossen zu sein.

Telegrammsperre nach Polen und der Saar.

Berlin. Die Reichspostverwaltung macht bekannt, daß wegen Generalstreiks sämtlicher Postbeamten im Saargebiet Telegramme nach diesem Gebiet nicht angenommen werden können. Ebenfalls werden Telegramme nach Polen nur auf eigene Gefahr des Absenders zur Beförderung angenommen.

Wahlzählung am 1. September.

Berlin. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen findet am 1. September im Deutschen Reich eine Wahlzählung statt. Die sich nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers auf Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen erstreckt. In Preußen werden auf Grund der ministeriellen Anweisung am 1. September auch die Werde ohne Militärbesoldung mitgezählt. Eine Zählung des Federviehs sowie der Kaninchen findet diesmal nicht statt.

Keine Erhöhung der Bahntarife.

Essen. In der Handelskammer Essen fand eine Besprechung führender Persönlichkeiten von Industrie, Handel und Schifffahrt des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks mit dem Reichsverkehrsminister Brücker statt. Aus den Ausführungen des Ministers ist besonders hervorzuheben, daß er eine weitere prozentuale Erhöhung der Gültertarife nach Durchführung der Tarifumgestaltung ablehnt. Seine Hauptaufgabe erblickt er darin, wieder Ordnung und Autorität in das Eisenbahnwesen zu bringen. Er sehe Eisenbahn und Winienschifffahrt lediglich als Dienerin des Wirtschaftsliebenden an und fet gegen jede übermäßige Zentralisation.

Gegen Ententegeandte in Süddeutschland.

Stuttgart. Die Absicht, ähnlich wie in Bayern, auch in den übrigen süddeutschen Staaten Sondergesandtschaften der Entente-Regierungen zu errichten, gab den beiden Reichsparteien des württembergischen Landtages Veranlassung, bei der württembergischen Regierung anzufordern, ob sie entschlossen sei, eine Wiederholung des unwürdigen und verfassungswidrigen Münchener Spiels in Württemberg um jeden Preis zu verhindern.

Die Internationale Bergarbeiterkonferenz.

Genf. Zu Mitgliedern der internationalen Bergarbeiterkonferenz wurden 2 Belgier, 1 Holländer, 3 Deutsche — Hugo Wischmann und Ambusch vom christlichen Bergarbeiterverband — 3 Tschecho-Slowaken, 1 Österreicher, 1 Ungar, 1 Pole, 4 Engländer, 4 Amerikaner und 1 Franzose gewählt.

Hilfsruf der polnischen Sozialisten.

Warschau. Die sozialistische Zeitung „Robotnik“ fordert alle Sozialisten auf, im Namen des Sozialismus und des internationalen Brüdergefühls den russischen Mord in Polen nicht zuzulassen und alles aufzubieten, damit der russisch-polnische Konflikt in unparteiischer Weise behandelt werde.

Keine Einwanderung nach Rußland.

Moskau. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin gibt folgendes bekannt: Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Kopp, bezüglich der in Berliner Tageszeitungen durch unverantwortliche Personen ausgestreuten Nachrichten, daß Tausende von deutschen Auswanderern in der nächsten Zeit nach Rußland abreisen können, wird bekannt gegeben, daß Transporte mit Auswanderern, ebenso wie einzelne Personen, die ohne vorherige Erlaubnis der russischen Sowjetregierung, und ohne die erforderlichen Passformalitäten in der russischen Vertretung erfüllt zu haben, die Abfahrt aus Deutschland unternommen werden, bedingungslos von der russischen Grenze zurückgeschickt werden müssen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. In dem parlamentarischen Beirat, den der Reichstag der Enwaffnungskommission zur Seite stellt

hat, ist der Vorsitz dem Abgeordneten Brüninghaus von der Deutschen Volkspartei übertragen worden, der stellvertretende Vorsitz dem Zentrumsgesamten Sosmann.

Brüffel. Die Kammer erklärte sich bereit, an die Feldzugteilnehmer für die Zeit, die sie an der Front zugebracht haben, eine Entschädigung von 75 Frank pro Monat zu zahlen. Das gilt für die Zeit vom 1. August 1914 bis 31. November 1918.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, Schweizer und französische Frank und Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht.)

Währungsplatz	7. 8.		6. 8.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	1517,50	1520,50	1536	1539	170 Mr.
Dänemark . . . Kronen	699,30	700,70	704,30	705,70	112
Schweiz . . . Frank	751,75	753,25	—	—	72
Amerika . . . Dollar	45,32	45,32	46,57 1/2	46,67 1/2	4,40
England . . . Pfund	166,05	166,45	168,30	168,70	20,20
Frankreich . . . Frank	332,65	333,65	332,65	333,35	80
Italien . . . Lire	233,75	234,25	234,75	235,25	80
Österreich . . . Kronen	23,84	23,98	24,09 1/2	24,15 1/2	85
Ungarn . . . Kronen	24,22	24,28	24,34 1/2	24,40 1/2	85
Tschechien . . . Kronen	83,90	84,10	84,40	84,60	85

Berliner Produktenerwerb. Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktenerwerb am 7. August: Safer per 1000 Kilogramm 2800 Mk. ab Station. Tendenz matt.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 150—183 Mark, gelbe und grüne Erbsen 100—130 Mark, Beluschken 80—105 Mark, Ackerbohnen 100—120 Mark, Wicken 75—100 Mark, Lupinen, blaue 42—55 Mark, gelbe 55—78 Mark, Serradella 40—50 Mark, Weizenroh, rote, neues 21—23 Mark, Mehl 82—84 Mark, Stroh, drabtgereht 10—10,50 Mark, gebündelt 7—8 Mark, Trodenschmied 60—62 Mark, Patent Stoffen 88—91 Mark.

*** Gegen die Ausfuhrabgabe.** Der Hauptausfuhr des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschloß, von Regierung und Reichstag die schleimige Aufhebung der sogenannten sozialen Ausfuhrabgabe zu fordern. Die Voraussetzungen, unter denen sie feinerzeit von der Zentralarbeitsgemeinschaft beschlossen worden sei, seien bereits im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Abgabe nicht mehr vorhanden gewesen, im Gegenteil hätte bereits damals die bestehende Ausfuhr jede solche Hemmung verbieten müssen. Die Wirkung dieser Abgabe sei im höchsten Maße unsozial, da sie deutschen Erzeugnissen den Auslandsmarkt erschwere und weitergreifende Arbeitslosigkeit mit sich bringe.

*** Wirtschaftsbund mit Sowjetrußland?** Selbst Preise, die politische Verträge mit Rußland für lebensgefährlich und dabei — im Hinblick auf den erwiesenen Opportunismus Lenins in bezug auf internationale Verträge — für durchaus einseitig halten, empfehlen jetzt ein wirtschaftliches Zusammengehen mit Sowjetrußland. Das Streben der Regierung geht unzweifelhaft dahin, mit Deutschland, als der Brücke zu den westeuropäischen und internationalen Industriegütern, eine gemeinsame Grenze zu schaffen. Selbst angenommen, Deutschland könne diese wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland ohne Einspruch oder Gegenmaßnahmen der Verbandsmächte verwirklichen, so würde es doch einen schweren, nicht wiedergutzumachenden Fehler bedeuten, wenn wir unser einziges Altium gegenüber der russischen Regierung, nämlich unsere wirtschaftliche Hilfe ohne wirksame Sicherung hergeben würden. Die Zeit ist noch nicht reif, um Moskau ein wirtschaftliches Angebot zu machen, dessen Erfüllung uns vor politischer Einmischung der Weltrevolutionärvorkämpfer schützt. Dumpfe Instinkte dürfen nicht die Richtschnur für politische und wirtschaftspolitische Taten des Reiches werden.

Nah und Fern.

O Preissturz auf dem Gemüsemarkt. Infolge des unruhigen Wetters der letzten Tage wurden in Köln derartige Mengen Gemüse und Obst auf den Markt gebracht, daß größere Preisstürze eintraten. Die meisten Gemüsesorten mußten erheblich unter dem Mißpreis (den die Händler ihren „Mutin“ bezeichnet hatten) abgesetzt werden, desgleichen mußten sich die Obsthändler zu beträchtlichen Preisabsenkungen verstehen. Pfäumen, deren Mißpreis 1,60 Mark bis 2 Mark betrug, wurden zu 0,80 Mark bis 1,50 Mark verkauft.

O Zuzwelenbierstahl im D-Bug. In der letzten Zeit schenken sich die Diebstahle in D-Bügen wieder ganz erheblich. „Gewerbe“ betreibt. Schwer betroffen wurde ein Kaufmannsgepaar auf der Fahrt von Magdeburg nach Berlin, der im Gepäck liegende Koffer des Mannes, der für 6000 Mark Kleidungsstücke und Schmuckgegenstände enthielt, wurde während einer kurzen Abwesenheit der Besitzer entwendet.

O Von der Anklage wegen Kriegsverbrechens freigesprochen. Ende Januar d. Js. wurde in Neuwied der obige Augenarzt Dr. Hermann von einem belgischen Kriminalbeamten verhaftet. Die plötzliche Festnahme sollte mit seiner militärischen Dienstleistung im Jahre 1917 in Zusammenhang bringen, wo er als unbesoldeter Arzt tätig war. In dieser Angelegenheit hat nun nach verschiedenen Aufzeichnungen der belgischen Kriegsgerichte in letzter Instanz der Appellhof in Lüttich verfügt, daß Dr. Hermann sofort bedingungslos entlassen wird. Er ist bereits in Neuwied eingetroffen und wurde von der Bevölkerung mit großem Jubel empfangen.

O Englische Wiedergutmachung. Seinerzeit hatte ein belgisches Gericht die Beschlagnahme des auf der Bank von England untergebrachten Vermögens des ehemaligen Zaren Nikolaus von Bulgarien (400 000 Pfund Sterling) ausgesprochen. Auf die von Exzaren eingelegte Verweisung hat der Kassationshof entschieden, daß dieses Vermögen nicht als russisches Kronvermögen, sondern Privatvermögen gelten sei, das der ehemalige König von seiner Mutter her als französischer König Louis-Philippe ererbt habe. Die Beschlagnahme sei demgemäß zu kassieren.

O Hinenburg oder Zabrze? Wegen den Beschluß des Reichstages in Hinenburg, den Kreis- und Gemeindefürsorge Hinenburg nicht wieder in Zabrze umzubenennen, ist in der polnischen Versammlung energischer Protest erhoben worden. Es wurde einstimmig die Abstimmung einer Resolution an die Interalliierte Kommission in Doppelbeziehung, in der Hinenburg als Verbrecher und Bandale bezeichnet wird.

O Buchstift gegen Wucherer. Einwohner des Dorfes Breitenstein stellten das Gehöft eines als Wucherer verschrienen Landwirts in Brand; den anderen Wucherern des Ortes drohten sie das gleiche Schicksal an.

O Entdeckung umfangreicher Valutaschiebungen in Deutsch-Österreich. Wie aus Wien berichtet wird, sind die Behörden einem aus Italienern bestehenden Konsortium von Schiebern auf die Spur gekommen. Die Schieber gaben sich mit Benutzung teils echter, teils falscher Dokumente als Mitglieder fremdländischer Kommissionen aus, um große Valutaschiebungen durchzuführen zu können. Neben dem Valutaschieber befaßten sie sich mit dem Schmuggel von Schmuck. Die Summe der Valutaschmuggelungen wird auf 60 Millionen Kronen beziffert. Bei Hausdurchsuchungen, die mit Wissen der fremden Kommissionen durchgeführt wurden, wurden zehn Millionen beschlagnahmt.

O Ein neuer Rheinhafen. Die Stadt Speyer hat beschlossen, einen neuen Rheinhafen oberhalb der Schiffbrücke zu erbauen. Das Hafenbecken soll eine Länge von 750 Metern und eine Breite von 110 Metern erhalten. Als Bauzeit sind 1 1/2 Jahre vorgesehen. An den Kosten beteiligen sich nicht nur die Stadt und die Palzwerke, sondern auch das Reich und Bayern.

O Ein gefährlicher Sprengstoffdiebstahl ist in Ober-Ruhberg bei Ulm verübt worden. Es wurde eine Kiste mit runden Nitroprenkörpern, 500 Sprengkapseln und 400 elektrischen Zündern mit je einem halben Meter Draht und 243 Meter Isolierleitungsdraht für elektrische Sprengungen, wie solche in Steinbrüchen vorgenommen werden, entwendet.

O Der erste Redakteurfreier. Die Redakteure der Rattowitzer Zeitung und der Oberschlesischen Morgenzeitung sind wegen geschäftlicher Differenzen mit dem Verlag in den Streit getreten. Die beiden Zeitungen können nur notdürftig herbeigestellt werden.

O Auswirkungen des Krieges auf die Schuljugend. Eine Studienkommission hat die Auswirkungen des Krieges an der Münchener Schuljugend festzustellen versucht. Das Ergebnis war, daß 30 % der Münchener Kinder unterernährt und daher minderwertig sind. Das gleiche Resultat dürfte sich auch wohl in den übrigen deutschen Städten zeigen.

O Verhaftete Goldschieber. Von Beamten der Sicherheitspolizei wurden in Stettin Goldschieber festgenommen, die Gold nach Schweden verschleiben wollten. Man beschlagnahmte Goldbarren, Walzgold und etwa 70 000 Zehn- und Zwanzigmarsstücke. Der Hauptschieber ist ein Stettiner Goldschmied.

Aus Stadt und Land.

Wertblatt für den 10. August.

Sonnenaufgang	4 ⁰⁰	Mondaufgang	12 ¹² N.
Sonnenuntergang	7 ²⁴	Monduntergang	4 ²⁹ N.
1792 Revolution in Paris. Absetzung Ludwigs XVI. — 1810 Italienischer Staatsmann Graf Cavour geb. — 1875 Geograph Karl Andree gest. — 1914 Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn.			

Wettervorhersage.

Wind wechselnd, etwas kühl, keine wesentliche Temperaturänderung, Gewitterneigung, sonst keine erheblichen Niederschläge.

Devisen-Kurs Prag vom 9. August 1920:

G.: 84,40 — B.: 84,60.

(Mitgeteilt von der Dresdner Bank Zweigstelle Schandau.)

*** Ungenießbares Streckmehl betr.** Auf die Auslassungen unter „Aus Stadt und Land“ in den Nr. 179 und 180 betr. ungenießbares Streckmehl wird uns von der Amtshauptmannschaft folgendes mitgeteilt: „Mit Genehmigung des Bezirksausschusses wurden vom Kommunalverband im Juli d. J. u. a. auch etwa 10 000 Ztr. Kommunalverbandskartoffeln zur Brotstreckung verwendet, die zu diesem Zwecke erst getrocknet, verflocht und anschließend zu Kartoffelmehlmehl vermahlen werden mußten. Die Kartoffeln waren bei der Uebernahme, soweit sich dies im Waggon beurteilen ließ, einwandfrei und wurden auch weder von der Trocknungs-gesellschaft noch von einer Mühle beanstandet. Der Kommunalverband erhielt infolgedessen erst am 3. 8. durch einige Bäcker, denen das Mehl inzwischen von der Mühle als Streckmehl unmittelbar überwiesen worden war, davon Kenntnis, daß ein geringer Posten des Mehles mit einem üblen Geruch behaftet war und mithin zum mindesten ein Teil der Kartoffeln faulig gewesen sein mußte. Es ist selbstverständlich, daß solch übelriechendes Streckmehl nicht ins Brot verbacken werden kann. Der Kommunalverband hat nach Gehör der Bäckermeister des Bezirkes auch bereits die erforderlichen Maßnahmen behufs Ersetzung des schlechten Streckmehles durch einwandfreies in die Wege geleitet. Bis zu dem in einigen Tagen erfolgenden Wiedererhalt neuen Streckmehles haben die Bäcker, die kein anderweitiges einwandfreies Streckmehl mehr auf Lager haben, ungestrecktes Brot herzustellen.“

Wie wir zu dieser Angelegenheit erfahren, ist einem Bäckermeister in unserem Bezirke in Aussicht gestellt worden, daß ihm, wenn er 5 Ztr. dieses Streckmehls verbacken habe, das Sonderbezugsrecht für 1 Ztr. Zucker zugebilligt werden soll. Leider war es nicht möglich, zu erfahren, ob dieser Fall einzeln geblieben ist. Wahrscheinlich soll dieses Zugeständnis nicht als Anreiz zum Verbacken des angefeindeten Streckmehles dienen, sondern lediglich als Entschädigung für diejenigen, die es ungeprüft verbacken haben sollten. (Wahrscheinlich gibt die Amtshauptmannschaft zu Pirna auch darüber Aufschluß.) Sicher ist, daß jeder Brothersteller, dem sein Kundenkreis lieb ist, sich schwer hüten würde, infolge einer solch verlockenden Zusage das Streckmehl weiter zu verarbeiten. Wir behaupten sogar, daß durch die Nachlässigkeit der in Frage kommenden Beamten einzelne Bäckermeister sehr schwer geschädigt worden sind. Auch die Amtshauptmannschaft kann das nicht wieder gut machen, selbst wenn sie eine Sonderbelieferung mit Zucker zusagt. Es ist zu hoffen, ja sogar anzunehmen, daß solche Schmutzerien nicht wieder vorkommen werden und wenn, dann haben die Bäckermeister die Pflicht, im Interesse der Volksgesundheit ganz energig Front dagegen zu machen, unter Umständen die Öffentlichkeit bez. die Presse um Unterstützung zu ersuchen.

Die Redaktion.

*** Der zweite Bunte Abend im Städt. Kurpark,** den die Kurtheaterleitung veranstaltet hatte, wies einen wesentlich stärkeren Besuch als der erste auf. Vorerst sei als an diesem Abend tätiges Kurtheatermitglied Hans Gernhuber genannt, der als Klaviervirtuose den Abend einleitete und sämtliche gelanglichen Vorträge mit musikalischem Verständnis begleitete. Paul Keller sang einige Chansons, wie sie wohl auch in den Großstädtabaretts gern gehört werden. Helene Wehrend und Erich Paul boten verschiedene Rezitationen, erstere innig und minnig, letzterer tiefgefühlter und temperamentvoll. Hans Schüg trug nette Boesche aus der Kinderwelt vor. Johannes Kunde rezitierte bez. desamierte vorzüglich mehrere Gedichte und wurde durch beifällige Bekundungen so warm, daß er die Gelegenheit wahrnahm, dem Publikum seine Kunst ausgiebig zu bieten. Der Dank dafür war ihm gewiß. Und Grete Schubert unterhielt die Erschienenen in bekannter routinierter Art durch ebenförmige Darbietungen. Lebhaft wurde Beifall gezollt. Als Konfrenzier wirkte Direktor Heinrich Kamm. Als hochbegabte Opernsängerin lernten wir Paula Löwe vom Prager Nationaltheater kennen. Mit herrlichem Wohlklang in der Stimme schmückte sie sich unbewußt ins Herz der Zuhörer. Ganz besonders gefiel auch wiederum Hans Jastorf vom Residenztheater, Dresden. Er war im Einzelgange wie in Duetten mit Paula Löwe erstklassig. Neben dieser war der stimmlich vorzüglich begabte Sänger der „Löwe des Abends“. Interessant war zu beobachten, wie die Massenunterschiede zwischen beiden Kraft hervortraten. Sie die temperamentvolle Stawin, er der kalte überlebende Norddeutsche. Immerhin stimmlich ein harmonisches Quert. Die Gesangsreihe zichen einander an. Der Applaus war gut geradezu stürmisch. Ebenso gefiel der Duettgesang des Dir. Heinrich Kamm mit Paula Löwe aus dem „Schwarzwaldbüchel“. Davon überzeugt, daß alle Anwesenden von diesem Abend, an dessen Schluß noch fleißig dem Tanze gehuldigt wurde, befreitigt heimgelehrt sind, möchten wir erwähnen, daß es vielleicht nichts schaden könnte, wenn bei einem 3. Buntten Abend das „Künstlerstündchen“ etwas gefälliger gestaltet würde, damit auch die Teilnehmer untereinander näher bekannt werden. Dit schon sind bei solchen Gelegenheiten wertvolle Bekanntschaften geschlossen worden.

*** Das Wohltätigkeitskonzert in Sendig Hotels** erbrachte zum Besten der Arbeitslosen von Bad Schandau, Postelwitz und Umgebung den Betrag von reichlich tausend Mark. Da sich auch spätere Geschlechter für gravierende Vorkommnisse in unserer Badestadt interessieren werden, wollen wir in der nächsten Nummer etwas ausführlicher auf die einigartige Veranstaltung eingehen.

*** „Flachsmann als Erzieher“**, von Otto Ernst, im Städtischen Kurtheater. Das vor beinahe 20 Jahren von dem Schriftsteller der Öffentlichkeit übergebene Bühnenwerk hat auch heute seine Zugkraft und Aktualität nicht verloren. Seinerzeit von vielen Seiten angefeindet, dürfte jetzt die Stimmung im allgemeinen eine wohlwollendere oder gar günstige für den Schriftsteller sein, der bei der Abfassung seines Werkes eine Art prophetischen Blick gehabt hat. — Den Oberlehrer Flachsmann, einen Streber, der durch eine Fälschung in den Lehrerberuf eingedrungen war, seine Stelle aber dank des heiligen Bürokratismus 30 Jahre lang behaupten konnte, stellte Alfred Freywald dar. Die Kleinigkeitsträumeri, die Hinterlistigkeit und die schleimige Unterwürfigkeit eines solchen verachtungswürdigen Menschen wurde durch ihn gut veranschaulicht. Die zweite Hauptrolle, die des Lehrers Jan Flemming, hatte der bewährte Künstler Erich Paul inne. Wie ein Frühlingsturm mit Schneeschauern durchwehte die Frische seines Spiels das vermoderte System. Mit welchem Enthusiasmus betonte er, daß es nichts Höheres gäbe, als Schulmeister zu sein! (Ganz unsere Meinung!) Er war der aufrechte, offene Mann, dem alle Herzen zufliegen mußten, das Gegenstück zu Flachsmann. Auch der Schulfürst Prof. Dr. Bress wirkte nicht zuletzt durch die vorzügliche Wiedergabe des Dir. Heinrich Kamm sehr sympathisch. Den Intriganten Carlens Diercks hatte Paul Keller zu spielen. Er brachte den Fuchs treffend zur Geltung. Willi Wanner (a. G.) zeigte als Claus Niemann einen Lehrer, wie er nicht sein soll. Sein einziges Interesse konzentrierte sich auf Stahspiel. Für Fortschritte war er ebensowenig zu haben, wie sein kranklicher, pedantischer Kollege Emil Weidenbaum, den Johannes Kunde näselnd darstellte. Hans Gernhuber gab dem Lehrer Vogelgang einen frischen Zug, und Walter Wolf mußte die jüngste Lehrkraft an der Schule, Franz Römer, spielen. Forch und emanzipiert spielte Grete Schubert als Lehrerin Sturhan, während Helene Wehrend ihre Rolle als Kollegin Olga Holz zum Verlieben nett durchführte. Es war selbstverständlich, daß der reformatorisch veranlagte Lehrer Flemming sich das frische Geschöpf zur Braut erkoren hatte. Dem Schuldienner und früheren Unteroffizier Regendank gab Otto Sturm eine treffliche Figur. Ein lebhafter, aufgeweckter Schulklinge war Hans Schüg. Frau Wiedenbaum, die Mutter dieses Knaben, die über Lehrer Flemmings Verhalten bei Flachsmann Beschwerde führte, durch die Aussagen ihres Sohnes aber bloßgestellt war, wurde ganz gut von Lore von Sagen charakterisiert. Die arme, aber dennoch feinfühligere Frau Niemann bekam durch Marg. Angermanns Darstellung Natürlichkeit. Die Aufführung war sehr gut inszeniert. Die Mitwirkung der Kinder hinter der Bühne durch Gesang bez. Sprache usw. verlegte den Zuschauer in die Räumlichkeiten eines Schulgebäudes. Der Beifall des vollen Hauses war sehr stark, und Blumenstrüßle wurden wiederum überreicht. Die Theaterdirektion kann auch diesmal mit dem Erfolg des Abends in jeder Hinsicht zufrieden sein.

*** Im Reiche der modernen Gedächtniskunst** bettelt P. C. Ebert seinen psychologischen Aufklärungsvortrag, den er heute abend 8 Uhr im Städtischen Kurhaus halten wird. Da das Thema für jedermann von größtem Interesse ist, sei der Besuch des Abends sehr empfohlen.

*** Die am gestrigen Sonntage** in unserer Kirche gesammelte Kollekte für die Mission unter Israel und der Evangelisation im Heiligen Lande hat den Betrag von 60,50 Mark ergeben.

*** Der M.-G.-B. „Eintracht“** unternimmt morgen abend seinen letzten Wanderabend während der Ferien, diesmal mit dem Ziele Krippen. Am 14. August wird eine Sängersahrt nach Dohna-Gessing-Altenberg-Zinnwald-Ripsdorf-Talsperre Malter angetreten.

*** Einem frechen Getreidebierstahl auf Prossener Fur** kam nachts der Inspektor des Rittergutes auf die Spur. Er beobachtete, wie ein Mann in einer Schaluppe vom Felde entwendete Puppen ans jenseitige Ufer brachte. Die verständigte Gendarmerie konnte die Persönlichkeit des Strohbüben feststellen und veranlaßte, daß der Dieb das gestohlene Gut wieder auf demselben Wege dem Geschädigten zuführte. Der Felddieb hatte gehofft, daß die Angelegenheit mit dem Bezahlen des Getreides aus der Welt geschafft werden könnte. Die Behörde belehrte ihn aber eines anderen. Er wird noch eine gerichtliche Strafe zu gewärtigen haben.

*** Die Note Armees Mitteldeutschlands.** Die Amtshauptmannschaft Pirna schreibt dem „Dr. Anz.“: „In der Abendausgabe des „Dresdner Anzeigers“ vom 4. d. M. — Nr. 873 — befindet sich ein Aufsatz unter der Ueberschrift Die Note Armees Mitteldeutschlands, der einige Bemerkungen über Pirna und Umgebung enthält und geeignet ist, die Bevölkerung zu beunruhigen. Demgegenüber bittet die Amtshauptmannschaft um Aufnahme folgender Zeilen: „Die den Einwohnerwehren im Bezirke Pirna abgenommenen Waffen befinden sich zwar noch im Besitz der organisierten Arbeitererschaft. Es ist aber der Amtshauptmannschaft nichts davon bekannt, daß in Pirna und Umgebung mehrere tabellos ausgebildete Note Kompanien beständen, auch nicht, daß

erzittert, gelbt und geschossen werde. Daß der Schreiber des Aufsatzes die Pirnaer Verhältnisse nicht kennt, geht schon daraus hervor, daß er annimmt, das Volkshaus und das Weiße Hof in Pirna seien zwei verschiedene Grundstücke."

—* Der neue Putschversuch im Vogtland. Zu der in der Freiagnacht durch 13 Beamte der Gendarmerte und Landesicherheitspolizei erfolgten Festnahme eines Lastautos mit Bewaffneten beim Waldhaus in Ebersbrunn ist noch zu melden: Auf dem Auto befanden sich 20 junge Burschen aus Zwickauer Vororten, zwischen Glauchau und Leisnig. Führer war der Bergarbeiter Krausner aus Planitz. Sieben der Verhafteten wurden wieder freigelassen, die übrigen 13 noch in derselben Nacht ins Gefängnis nach Zwickau eingeliefert. Sie führten 20 Militärgewehre, 3 Pistolen, 3 Handgranaten und mehrere hundert Patronen mit sich. Flugblätter, in denen das Proletariat zum Kampfe gegen Regierung und Kapitalismus, gegen den weißen Terror der Reichsmehr aufgefordert und außerdem die Bewaffnung des Proletariats, sowie die Errichtung der Räterepublik gefordert wird, befanden sich ebenfalls im Besitz der Festgenommenen. Ferner sollten Bekanntmachungen in der Stadt Falkenstein angeschlagen werden; sie enthalten folgende Aufforderung an die Bevölkerung: Zur siegreichen Durchföhrung der Revolution gilt das Stadtparlament als aufgelöst. Die vollziehende Gewalt liegt in den Händen des Roten Volkzugsrates. Bis Mittag sind sämtliche Waffen abzuliefern. Bedrohung oder Tötung eines Rotgardisten wird unweigerlich mit dem Tode bestraft.

—* Reiche Pflaumenernte. Aus vielen Gegenden kommen Meldungen, daß die Pflaumen eine sehr gute Ernte versprechen. So wird aus Strehla berichtet, daß dort die städtischen Pflaumenbestände einen Behang aufweisen, wie er wohl noch nie dagewesen sein dürfte. An vielen Bäumen

sind durch die Last der Früchte bereits Äste gebrochen, und mit dem weiteren Wachstum der Früchte brechen täglich neue Äste und Zweige.

Wöbau. Der Direktor der hiesigen Molkerei, der beschuldigt wurde, ein Zwei-Zentner-Faß Butter verschoben zu haben, wurde durch die Arbeiterschaft veranlaßt, sich sofort auf dem Rathause zu verantworten. Er mußte einen seiner Rollwagen besteigen, und dieser wurde von den Arbeitern durch die Stadt gezogen nach dem Rathause, wo die Untersuchung stattfand. Dem Direktor hatte man ein Schild umgehängt mit der Aufschrift: „Ich bin der größte Butterschieber“. Ausschreitungen kamen nicht vor, mehrere Redner forderten vielmehr die Menge auf, Sättlichkeiten zu unterlassen, da die Folgen nur das Proletariat zu tragen habe. Nach der Untersuchung wurde der Direktor unter dem Hallo der Volksmenge nach dem Amtsgericht geführt.

Dresden. Eine große Menge Aehrenleser bevölkerte bis in die letzten Tage ein zum Stadtgut Naußlitz gehöriges Gerstefeld. Der Besitzer hatte es, ohne es abbrechen zu lassen, freigegeben. Es gab aber auch hier Hamsterer. Mit Rechen ausgerüstet, wurden die Halme und Aehren in großen Säcken verkauft und mit Handwagen fortgeführt. Als der Besitzer sich diese „unbescheidene“ Hamsterei verbat und darauf hinwies, daß jeder etwas haben sollte, kam es zu unliebsamen Auseinandersetzungen.

Dresden. Für 120 000 Mark Samt, Pann, Seidenstoffe, seidene Bänder, verschiedenfarbige Reisher, Zwirn und anderes mehr haben Diebe in der Nacht zum 6. August aus einem Geschäft in der Viktoriastraße 22 mittels Einbruchs gestohlen. Für Wiederherbeischaffung der Diebesbeute ist eine angemessene Belohnung zugesichert worden.

Dresden. An schwerer Pilzvergiftung gestorben sind im Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt die in Obergorbitz wohnhafte 29 Jahre alte Malermeisterschwehfrau May, sowie

ihre Kinder im Alter von 8, bez. 7 Jahren, während die dritte Tochter noch schwer krank darniederliegt. Ihr Zustand ist nicht ganz hoffnungslos. Es wird vermutet, daß die Familie den von ihr gesammelten Reimbüchlerpilz in ziemlich großer Menge genossen hat. Die Vergiftungserscheinungen traten erst in der der Mahlzelt folgenden Nacht gegen 3 Uhr mit Erbrechen auf, wonach sich hohes Fieber einstellte. Der schwer heimgefuhrte Ehemann hatte von dem Pilzgericht zufällig nichts genossen.

Chemnitz. Hier fand eine stark besuchte kommunistische Demonstration gegen das Entwaffnungsgefeß statt.

Calbzig. Vom Blitz getötet wurde Frau Hartmann aus Kötzig, während ihre Tochter, die mit ihr auf dem Felde von dem Wetter überrascht wurde, mit einer Betäubung davonkam. In Calbzig trafen kalte Blitzschläge die Kirche und das Haus der Frau Haubold. Hier und da hat der Sturm größeren Schaden an den Obstbäumen verursacht.

Werdau. Ein in Steinplets wohnhafter 61 Jahre alter Wächter der hiesigen Wach- und Schließgesellschaft hat nachts bei seinem Rundgange eine Sprengkapsel gefunden und diese im Kesselhause der Thüringer Wollgarnspinnerei zu öffnen versucht. Hierbei ist sie explodiert und hat ihn an den Händen und am Gesichte schwer verletzt, so daß die linke Auge vollständig verloren ist. Ein herbeigerufener Arzt ordnete nach der ersten Hilfe die Ueberführung ins Zwickauer Kreiskrankenstift an.

Leipzig. Beim Getreibeinfahren getötet wurde das sechsjährige Töchterchen eines Bahnarbeiters in Scheubitz, der sich mit dem Kinde aufs Feld begeben hatte. Das Kind hatte sich zum Schlafen hingelegt und mit einem Sack zugedeckt, so daß es nicht gesehen werden konnte. Ein mit Getreibe beladener Wagen fuhr darüber hinweg, und da die Räder unglücklicherweise dem Kinde über den Kopf gingen, fand es sofort den Tod.

Hierdurch die tieferschmerzende Nachricht, daß meine herzliche Frau, unsere gute Mutter

Anna Emilie Fritzsche

geb. Henke

im 60. Lebensjahre nach überstandener schwerer Operation plötzlich und unerwartet verschieden ist.

Altendorf, den 8. August 1920.

Der tieftrauernde Gatte und Kinder.

Die Beerdigung erfolgt Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus.

Ihre Vermählung zeigen an
Max Schiweck und Frau Rosa geb. Strohbach
Alexander John u. Frau Frieda geb. Strohbach

Bad Schandau, 8. August 1920

Gleichzeitig sagen wir im Namen unserer Eltern für alle Aufmerksamkeiten und Geschenke

unsern herzlichsten Dank



M.G.B.
„Eintracht“
Morgen
Dienstag
Lester

Wanderabend

nach Krippen, Elbschlößchen.
Sammelpunkt 1/29 Uhr an der
Bindungsfähre.

Am 14./15. August:

Herrenpartie

nach Geising—Zinnwald—Altenberg—Rippst.—Talsperre Matter

Donnerstag, 12. August:

Übungsst. u. Versammlung
im Vereinslokal. Alle Mitglieder
erscheinen.

Echter Schweizerkäse

direkt aus dem Emmental
eingetroffen.
Preis das Pfund 28 Mark.

Hermann Klemm.

Inserate

für alle in- und ausländischen Zeitungen
besorgt zu Originalpreisen

Geschäftsstelle
der Sächs. Elbzeitung.

Rotbraun. Geldtäschchen
mit 100 Mk. Inhalt und einem
Ausweis nach Böhmen auf dem
Wege von Buttermühlmühle
nach Kohnmühle verloren
worden. Abzugeben gegen
Belohnung i. d. Buttermühlmühle.

Verloren
wurde am Sonnabend abend
an der Elbe
ein Schirm.
Gegen gute Belohnung abzugeben
bei Wertig, Bad Schandau.

Ihre Vermählung zeigen nur hierdurch er-
gebenst an

Emil Hauptmann und Frau
Liddy geb. Guth.

Sebnitz, Neustädter Straße 13.

Kurtheater Bad Schandau
Dienstag, den 10. August, zum 2. und letzten Mal:

Der Revolutionär

Drama in drei Akten von Wilhelm Speyer.
Sensationell! Auf vielseitigen Wunsch
Sonntags Anfang 8 Uhr. Wochentags Anfang 8 1/2 Uhr.
Vorverkauf der Eintritts- u. Jugendkarten bei Cl. Eifner

Mietverträge

sind wieder vorrätig.
— Sächsische Elbzeitung. —

Gasthof zur Carolabrücke
Mittwoch, den 11. August:

Feiner BALL

Anfang 1/28 Uhr.

Dentist Behrendt,
Schmilka, Pensionat Waldfrieden
neben Hotel „Helvetia“.

Zahnärzt in Kautschuk pro Zahn
von 10 M. an, Goldkronen v. 80 M. an.
Sprechstunden:
Mittwoch u. Sonnabend nachmittags,
sowie Sonntag vormittags,
sonst Dresden, Viktoriastraße 32.

!Achtung!

.. In meinem ..
Kartoffelfelde
liegen
Selbstschüss
Wilhelm Laufer, Altendorf.

Offeriere

— la. — orient. Zigaretten-Tabak

goldgelb, nur Marke, in 50 g-Karton versteuert 9.— Mk.
Versand gegen Nachnahme.

Firma Ferdinand Wilmann, Frankfurt a. M., Schloßstr. 19.

Rechtsanwalt Dr. Weller
Dresden, Bambergstr. 41, I., Fernruf 11182,

„hält seine“

Sprechstunde in Bad Schandau

jetzt

— Dienstags von 10—3 Uhr —
— Lindengasse 255 c, I. —

Frauen und Kinder

können durch Sammeln
von Brennesseln

viel Geld

verdienen. Näheres in der
Sammelstelle von

Aug. Hennig,

Rathmannsdorf-Plan 51 G.

Wegen weiterer Sammel-
stellen wende man sich an

F. O. Rothe, Dresden-N.,

Königsbrücker Straße 56.

Rinofreunde!

Zuverlässige Herren oder Damen
erhalten

freien Eintritt in Rinos

gegen kurze Mitteilung über
Fotowirkung. Näheres unter
Angabe von Alter, Beruf,
Tätigkeit an Postfach 128
Mauzig 1.